

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 6. April 1905.

№ 40.

Unterstützungs- und Gewerkschaftsprinzip.

In den letzten Wochen wurde in der größten wie in der kleinsten Mitgliedschaft darüber debattiert, welche Anträge die geeigneten seien, den Ausbau unserer Organisation zu vollenden und einer möglichen Vollkommenheit entgegenzuführen. Daß dabei die Anträge auf Erweiterung des Unterstützungswezens, wie Erhöhung gewisser Unterstützungssätze, Reduzierung einzelner Karenzzeiten, ja sogar die Errichtung ganz neuer Unterstützungsweize, wie die Unterstützung der zu militärischen Übungen einberufenen Kollegen usw., die Hauptfrage zu bilden scheinen, ist als Resultat unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen begreiflich. Ist es schon für die in Arbeit stehenden und zum heutigen Minimum oder knapp darüber entlohnten Gehilfen ein äußerst kompliziertes Rechenexempel, den Anforderungen des täglichen Lebens gegenüber Familie, Gemeinde und Staat gerecht zu werden, so steigert sich die Erfüllung dieser Aufgabe für diejenigen, welche zu Krankheit, Arbeitslosigkeit oder gar dauernder Arbeitsunfähigkeit verurteilt sind, zu einer beinahe unerträglichen Last. Und eine der schönsten Aufgaben der Kollegialität ist es, unseren Brüdern, welche in dieser Hinsicht von Opfern unserer heutigen Gesellschaftsordnung ausserkoren wurden, helfend zur Seite zu stehen und nach besten Kräften unter die Arme zu greifen.

Stufe um Stufe sind wir Buchdrucker auf dem Boden dieses Prinzips, der gegenseitigen Hilfe in Notfällen, empor gestiegen. Unsere Unterstützungseinrichtungen stehen in der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung und weit darüber hinaus als musterhaft und bis heute unverändert da. Und ohne Zweifel wird auch die diesjährige Generalversammlung den eingereichten Anträgen auf Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen mehr oder weniger Rechnung tragen, selbst wenn es auf Kosten eines erhöhten Beitrages geschehen sollte. Abgesehen davon, daß auch mancher der vielen Anträge, welche dieses Zweig unserer Verbandseinrichtungen betreffen, der besseren Einsicht unserer Gefandten zum Opfer fallen und als „geknickte Hoffnungen“ zu Grabe getragen werden können, so wird doch das Endergebnis wieder manche Verbesserung darstellen und diejenigen teilweise befriedigen, welche in unseren Kasseneinrichtungen das Alpha und Omega unseres Verbandes überhaupt erblicken.

Doch nicht einer Auslese oder nähere Beleuchtung der bis jetzt gestellten und durch den „Corr.“ bekannt gewordenen Anträge sollen diese Ausführungen gewidmet sein, sondern es soll die Aufmerksamkeit der Kollegenschaft auch auf andere Aufgaben als nur den Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen zu lenken versucht werden.

So segensreich und notwendig die Kasseneinrichtungen speziell in der heutigen Zeit auch geworden sind, so dürfte ein Zubiel in dieser Sache ebenso das Spiel verderben, wie ein Uebermaß in allen Dingen; andere Aufgaben leiden Not, und Einseitigkeit ist die nächste Folge. Wer als aufmerksamer Beobachter die Entwicklung unseres Verbandes, hauptsächlich im letzten Decennium, im Geiste an sich vorüber ziehen läßt, der wird neben den erfreulichen Zeichen des enormen Wachstums aber auch erkennen, daß der innere Ausbau unserer Organisation nach der rein gewerkschaftlichen Seite hin immer komplizierter und auch schwieriger wird. Denn nicht in gleichem Maße wie die Zahl der Mitglieder in ihrem ganzen Umfange ist auch die Erkenntnis und Verfolgung des gewerkschaftlichen Prinzips in unseren Reihen gestiegen. Damit soll jenes gewerkschaftliche Prinzip gemeint sein, welches nicht nur die Regelung der Beiträge und Unterstützungseinrichtungen in sich schließt, sondern in der Hauptfrage die Befreiung des Arbeiters zum gleichberechtigten Gliede der Gesellschaft zum Endziele hat. Dieses Prinzip ist es allein, welches den Gewerkschaftsorganisationen ihren eigentlichen Wert im heutigen Kulturleben aller Nationen gibt; es ist der Mittelpunkt, um den sich die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit drehen soll, und alle Einrichtungen, welche von den Gewerkschaften getroffen werden, können nur Mittel zu diesem Zwecke sein.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit bei uns damit aus? Unermüßlich, Tag für Tag, sind hunderte unserer Kollegen mit Aufwendung aller ihrer Fähigkeiten tätig, dieses hohe Ziel jedem Gliede unserer Organisation einzuprägen, auf daß es zur Richtschnur für alle werde; aber leider sind

größere Erfolge nicht zu verzeichnen. In früheren Jahren, da unser Verband kaum die Hälfte der heutigen Mitgliederzahl umfaßte, war der Zusammenschluß der Kollegen ein besserer, ein enger; mit der Zunahme der Zahl aber verflachte dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und für einen großen Prozentsatz unserer Kollegen sind leider nur noch die Unterstützungseinrichtungen der sogenannte „Kitt“, der sie an uns festhält.

Wohl ist mit Abschluß unsers Tarifvertrages dem täglichen wirtschaftlichen Ringen zwischen Arbeiter und Unternehmertum für uns Buchdrucker manche Härte genommen worden; aber sieht man nicht gerade in diesen Tagen wieder auf's neue da und dort Blitze den scheinbaren Friedenshimmel unsrer Tarifgemeinschaft durchzuden? Macht es sich nicht bemerkbar, daß Versuche aufstehen, das Motto unsers Tarifvertrages, statt als Leitmotiv gelten zu lassen, gleichsam in Hohn zu verwandeln?? Der Artikel des Kollegen Massini „Schlaglichter“ in Nr. 20 des „Corr.“ spiegelt er nur Berliner Verhältnisse? Oder ist er nicht vielmehr der beutlichste Ausdruck dessen, was in ganzen Reich, in Nord, Süd, Ost und West teils mehr, teils weniger vor sich geht?

Doch nicht nur der ruhigen Fortentwicklung unsrer Tarifgemeinschaft scheinen Klippen zu drohen, zu deren Ueberwindung die höchste Aufmerksamkeit nicht nur unsrer Führer, sondern diejenige eines jeden Verbandsmitgliedes unbedingt nötig sein wird; nein, nicht nur das, sondern die innere Entwicklung unsers Verbandes selbst scheint in letzter Zeit da und dort, hauptsächlich in unseren Großdruckstädten, in bezug auf hochwichtige taktische Fragen auf Schwierigkeiten zu stoßen, die in ihren Folgen noch sehr unbedenkbar sind. Zunächst wir uns nicht! Der Boden zu größeren Konflikten ist vorhanden, und nichts ist so leicht möglich, als daß unsere kommende Generalversammlung innerhalb der Arbeiterbewegung ein zweites „Dresden“ darstellen kann, und ob auch wir nachher davon sagen können, es war ein „Jungbrunnen“ für uns — das ist noch sehr fraglich!

Das sind Vorboten einer kommenden ersten Zeit und wenn, bildlich ausgedrückt, auf unser Jena von 1896 kein Seban in der Zukunft folgen soll, dann haben wir allen Anlaß, unser Augenmerk auf jene Erscheinungen unsers Verbandes zu richten, welche in einer zunehmenden Interessellosigkeit und Gleichgültigkeit ihre Wurzel haben. Erste Zeiten erfordern ernste Männer, die wissen, was sie wollen, und was sie ihrer Zeit schuldig sind.

Und damit bin ich an jenem Punkte angelangt, zu dem meiner Ansicht nach unser Berufsparlament Stellung zu nehmen alle Veranlassung hätte, und zwar über die Pflichten der Mitglieder, nicht nur über deren Rechte. Gewisse Pflichten, z. B. die Beitragspflicht, sind im Verbandsstatut mit aller Deutlichkeit präzipiert; andere dagegen gar nicht oder nur in sehr definierbarer Weise. Das ist ein Mibstand, welcher die Organisationsarbeit sehr erschwert, ja zum teile sogar illusorisch macht. Wer die Ziele gewerkschaftlicher Arbeit richtig erfafst, wird wohl ohne weiteres zugeben, daß die Beitragsleistung noch lange nicht der Tugend höchste ist, sondern die tatkräftige Mitarbeit zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele ihr zum mindesten gleich zu stellen ist. Und als unerlässliche Pflicht in dieser Beziehung muß der Versammlungsbefugnis und das Obligatorium des Verbandsorgans anerkannt und festgestellt werden. Was nicht alle Agitation, alle Anstrengung, das Versammlungsleben zu heben und zu fördern, wenn immer gerade diejenigen nicht erscheinen, welche es am allerersten nötig hätten? Welche Unkenntnis über die einfachsten Arbeiter- und Berufsfragen herrscht nicht gerade bei denjenigen, welche stets und ständig die Verbandsversammlungen schwängen? Welche Summe unangenehmer Erfahrungen und Mißverständnisse, ja, welche Summen unnötiger Ausgaben könnten für die Verbandskassen erspart werden, wenn alle Mitglieder die in den Versammlungen gegebenen Aufklärungen und Hinweise auf taktische Angelegenheiten, taktisches Verhalten usw. in vielen Dingen auch nur hören würden? Doch nicht nur die Mitgliedschaftsversammlungen werden von einem großen Teile unserer Kollegen geschwänzt, sondern auch die Druckerei- oder Geschäftsversammlungen werden seitens gar vieler mit einer Interessellosigkeit be-

handelt, daß es geradezu eine Schande ist. Und wenn schon gar viele hunderte Mitgliedschafts- und Druckereiversammlungen sozusagen nur für die Frage waren, so ist es nur dieser unverantwortlichen Gleichgültigkeit zu verdanken. Wer diesen Mibstand in unserm Verbandsleben in allen Einzelheiten einer eingehenden Betrachtung würdigt, der wird erkennen, daß diesem ein Miegel vorzuziehen wichtiger sein wird, als der weitgehendste Ausbau unsrer Unterstützungskassen.

Und deshalb ist es meines Erachtens notwendig, daß die kommende Generalversammlung einer Regelung dieser Frage mit aller Gründlichkeit näher tritt. Mit einer Gründlichkeit, deren Endergebnis nicht eine vom idealen Standpunkte aus feierliche Resolution darstellt, welche wohl momentan begeistert, um bald danach, wie die meisten aller Resolutionen, vergessen zu werden. Hat man diese bebenkliche Schattenseite in unserm Verbandsleben erkannt, und ist man ernstlich gewillt, dem Uebel zu steuern, so lange es noch Zeit ist, so muß auch ohne Zimperlichkeit vorgegangen werden. Die Pflicht, sich an der gewerkschaftlichen Kulturarbeit zu beteiligen, besteht für jedes Glied einer Gewerkschaft, und als erster Faktor, auf dem alles andre ruht, muß die Verpflichtung zum Besuche der Versammlungen gelten. Nicht jedem ist es zwar gegeben, in erster Reihe mit tätig zu sein, aber jeder kann zum mindesten die Versammlungen besuchen; und wer das nicht einmal kann, der ist ein dürres Reis und gehört vom Stamme abgehauen. Wohl können auch hier Ausnahmen anerkannt werden, denn im Laufe des Jahres kann hier und da ein Verhinderungsgrund eintreten, aber wer Jahr für Jahr sich in gar keiner oder nur in einer oder zwei Versammlungen sehen läßt, können diese Mitglieder in ersten Fragen für uns in Betracht kommen? Gewiß nicht! Und deshalb muß da ein Entweder — oder aufgestellt werden.

Von diesen Gesichtspunkten aus hat Schreiber dieses in der im Monat Februar abgehaltenen Hauptversammlung des Bezirks Karlsruhe anläßlich der Beratung von Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung folgenden Antrag eingebracht:

„Der § 5 des Verbandsstatuts soll folgenden Zusatz erhalten:

§ 5. Die Ausschliefung eines Mitgliedes erfolgt auf Antrag der betreffenden Mitgliedschaft durch den Gauvorstand, wenn dasselbe (a bis f wie bisher) g) die mit absoluter Mehrheit in der statutarischen jährlichen Hauptversammlung der Mitgliedschaften für das jeweils laufende Vereinsjahr festgesetzten und durch den zuständigen Gauvorstand genehmigten Pflichtversammlungen nicht besucht. Besondere Bestimmungen hierfür sind auf den Gautagen bzw. Gauvereinsversammlungen der einzelnen Gaue zu treffen.“

Dieser Antrag wurde, trotzdem er vollständig überraschend kam, sehr sympathisch aufgenommen, ja er war manchem Kollegen nicht einmal weitgehend genug, und fand bemerksprechend ein von anderer Seite während der Diskussion gestellter Antrag folgenden Wortlautes: „In denjenigen Orten, in denen sich Mitglieder zu einem Ortsvereine zusammenschließen, sind die Mitglieder verpflichtet, wenigstens zweimal im Jahre den Versammlungen beizuwohnen, widrigenfalls der Ausschluß erfolgt.“ die einstimmige Annahme durch die von annähernd 200 Mitgliedern besuchte Versammlung, während der erste Antrag dem letztem als Material beigegeben werden soll.

In welcher Weise nun diese beiden Anträge von der Generalversammlung behandelt werden, liegt noch im dunklen Schöße der Zukunft; die Hauptfrage ist, daß unsere höchste Instanz dadurch Gelegenheit erhält, zur Frage des Versammlungsbefuges überhaupt einmal Stellung zu nehmen. Wird diese Frage auch nicht in dem Sinne der Antragsteller gelöst werden, so ist doch zu hoffen, daß ein gangbarer Weg zur Beseitigung dieses großen Mibstandes in unserm Verbandsleben gefunden wird, und damit wäre der gute Zweck der Anträge erfüllt. Mag auch mancher Kollege die Ausnahme einer solchen Bestimmung in unser Verbandsstatut als unnötige Beschränkung der persönlichen Freiheit verwerfen, so ist doch zu berücksichtigen, daß hier die Interessen der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen sind, denen zu Liebe nach alten Grundsätzen der einzelne sein Sinnen und Trachten stets etwas mehr oder weniger korrigieren muß, und das wird

auch in dieser Frage nötig sein. Daß die gesamte Kollegenchaft diese Anträge einer eingehenden Erwägung und Besprechung unterziehen möchte, sowie auch unsere Delegierten diesen Punkt in den Kreis ihrer Betrachtungen und Entschlüsse ziehen, sind diese Ausführungen in etwas ausgedehnter Weise hier niedergelegt.

Noch manches wäre unter dem Kapitel Unterstützungs- und Gewerkschaftsprinzip zu erörtern, doch teilweise sind es Fragen, deren Behandlung in öffentlicher Weise tatsächlich nicht empfehlenswert ist, das sollte nur in den Versammlungen nötig sein, und deshalb wiederum haben wir alles in Bewegung zu setzen, unseren Versammlungen den Wert zu geben, daß wir nicht nötig haben, in breiter Öffentlichkeit all das kund zu geben, was unseren Gegnern, wirtschaftlichen und politischen, nur Waffen gegen uns selbst liefert.

Mit dem nochmaligen Hinweise darauf, daß sich in der letzten Zeit immer mehr Wahrzeichen erkennen lassen, welche nicht nur unseren wirtschaftlichen Bestrebungen erste Aufgaben in Aussicht stellen, sondern auch die Entwicklung innerhalb unsers Verbandes schwierigere Probleme erkennen läßt, welche uns dringend mahnen, nichts zu unterlassen, was geeignet wäre, das Ansehen unserer Organisation zu erhalten und zu festigen, möchte ich schließen mit den Worten:

Stell dich in Kraft und Geduld, das Ganze zu verschärfen.
 Was auch wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken,
 Stell dich in Kraft und Geduld, und spare dich den Scharen,
 Und teilt du nicht den Ruhm, so teilt du die Gefahren!
 Karlsruhe (Baden). C. Schaeffer.

Korrespondenzen.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensekerverein.) [Vierteljahrsbericht.] Seit dem letzten Bericht im Dezember v. J. hat die allgemein konstatierte, fast gute Konjunktur auch auf unsern Verein ihre Wirkung ausgeübt. Die Mitgliederzahl ist fortgesetzt im Steigen und beträgt zurzeit 150; der ziemlich flotte Geschäftsgang zeitigte so manche Anschaffung des „Eisernen“ auch in den Betrieben, in welchen unsere Handsekerkollegen bisher von dem „Jegenschreien“ Wirken derselben noch nichts zu spüren bekamen. So lange die nötigen Arbeiten vorhanden, haben ja auch unsere Handsekerkollegen gegen die Mitarbeit des „Eisernen“ nichts einzuwenden, denn in der Hauptsache gilt immer noch das Wort: Was für die ersten „Dred“, ist bei den letzteren „Speck“. Da jedoch trotz der anhaltenden regen Tätigkeit im Gewerbe für das „Nä“, wenn es doch immer so bleibe!“ die nötigen Garantien nicht vorhanden, kann man es unseren Handsekerkollegen auch nicht verdenken, wenn sie sich von ihrem Mißtrauen gegen den „eisernen Kolleg“ nicht recht freimachen können. Auch den Säuberlichkeits Hypothesen kann man im allgemeinen keinen rechten Geschmack abgewinnen, auch wenn sie noch so fein säuberlich aufgebaut werden. Im übrigen ist der Verfallungsbesuch als ein recht guter zu bezeichnen und das Interesse ein sehr reges; letzteres wird noch erhalten durch den lebhaften Meinungsaustausch auf technischem Gebiete, wozu unser rühriger technischer Berichterstatter durch orientierende Referate aus der Fachliteratur sein gut Teil beiträgt. In der Januarversammlung wurden die vom Vereine herausgegebenen „Technischen Mitteilungen“ einer Vervollkommnung unterzogen und konstatiert, daß sich dieselben ganz besonders in der Provinz für Agitation und Bereicherung des technischen Wissens eignen und hauptsächlich von den einzeln arbeitenden Kollegen äußerst sympathisch aufgenommen werden. Des weitern waren einige reorganisationsartige Anträge des Kollegen Mustial befaßt, besserer Disziplinierung der Kollegen Gegenstand der Erörterung. Der Jahresabschluss wies einen Kasstand von 307,03 Mk. auf. — Die Februarversammlung wurde aus praktischen Gründen bereits am 29. Januar abgehalten. In derselben wurden die Jahresberichte gegenseitiger Vereine zur Kenntnis der Mitglieder gebracht. Eine rege Debatte entspann sich über die „Mediantenfrage“ (Aufnahme derselben in den Verband). Seitens unsers Spezialkollegen im Zentralvorstande wurde mitgeteilt, daß sich mit dieser Sache die Generalversammlung beschäftigen werde. An Stelle des in die Zentralkommission eintretenden bisherigen Schriftführers Hildebrandt wurde Kollege Kahl gewählt. — In der Märzversammlung wurden die Kollegen auf den Konflikt der Maschinenseker im „Bremer Tageblatt“ hingewiesen und zur Solidarität gemacht. Ebenso waren die „Monotyp“-Angelegenheit und die Säuberlichkeits Seelensmerzen im „Corr.“ Gegenstand recht eingehender, interessanter Erörterungen. Da der Begriff Zeitungs- bzw. Werkdrucker kein klarer und sich infolgedessen namentlich in bezug auf die Arbeitszeit (Zeitung acht, Wert neun Stunden) verständlich Verhältnisse gezeigt, wurde angeregt, hierüber das Tarifamt um präzisere Auslegung zu ersuchen. Die „Technischen Mitteilungen“ finden nunmehr bereits Absatz in 700 Exemplaren, ein Beweis für die gute Aufnahme derselben und der in ihnen enthaltenen praktischen Fingergelbe zur Bereicherung des persönlichen technischen Wissens. (Eingegangen am 30. März.)

Berlin. Am 16. April begehrt Kollege Theodor Dietert sein fünfzigjähriges Berufs Jubiläum. Die Kollegen der „National-Zeitung“, in der D. seit vielen Jahren konditioniert, veranlassen aus diesem Anlasse ein Festessen in den „Arminiallen“ und ersuchen seine Freunde und Bekannte, welche daran teilzunehmen wünschen, um vorherige Anmeldung.

Breslau. Die Generalversammlung am 28. März eröffnete der Vorsitzende mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr, in dem er nachwies, inwiefern der Breslauer Buchdruckersekerverein seine Zwecke erfüllt und die Rechte der Mitglieder vertreten habe. Die Innehaltung des Tarifes war öfter Gegenstand unsers Eintretens; Streitigkeiten wurden durch die Tarifbehörden geregelt. Die Einführung des Tarifes in kleineren Druckereien, wo keine Mitglieder, zum Teile überhaupt keine Gesellen stießen, wurde in der Weise versucht, daß an sämtliche Vereine und uns bekannte Auftraggeber Zirkulare versandt wurden, in denen um Ueberweisung der Druckfaden an tariffreie Druckereien ersucht wurde; es sind dadurch auch einige Erfolge erzielt. Hierdurch ist uns in den betreffenden Druckereien eine Einwirkung bei Ueberweisung der Beschlusgskala ermöglicht. Zu den tariffreien Druckereien wurde dieselbe im allgemeinen nicht überschritten, doch wurde auch der Antrag des Tarifamtes, weniger Beschlusgskala als die berechnete Zahl einzustellen, keine Folge gegeben. Für die vor uns liegende arbeitsreiche Zukunft forderte Nebner alle Mitglieder zu fleißiger Mitarbeit auf. Möglichst viele Kollegen sollen sich in die Vereinsarbeit teilen, denn ein überlasteter Vereinsfunktionär würde nie Zeit haben, zu studieren, wo verbessert werden kann, und wo neue Wege einzuschlagen sind. An die Worte Richard Härtels erinnernd: „Und wenn unsern Kollegen die Begeisterung innewohnt, welche nötig ist, einen ganzen großen Stand aus seiner gedrückten Lage zu befreien, ihn den anderen Arbeitern nicht nur Deutschlands, sondern des ganzen zivilisierten Europas als Muster hinzustellen, dann werden wir das und diesmal vorgesezte Ziel nicht nur erreichen, sondern übertreffen“, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verein. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Der gesamte Vorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung wieder gewählt und an Stelle dreier zurücktretender Revisoren die Kollegen A. Herzog II, M. Krause und Reineccius. Die Unterstützung für ausgesteuerte Konditionsstoffe wurde auch für dieses Jahr beibehalten und der hierzu erforderliche Extrabeitrag wird nun als Ortsvereinsbeitrag weiter erhoben. Der dadurch hoffentlich erzielte Ueberfluß soll das Defizit in der Krankenzuschußkasse decken helfen, betreffs welcher beschlossen wurde, durch Uebernahme einer Auflösung der Kasse herbeizuführen, und die Leistungen auf den Ortsverein gegen Zahlung des Beitrages auf diesen zu übernehmen und weiter zu führen. Ein Antrag des Vorstandes, die Krankentrolle zum Teile dem Ortskrankentafelverbande zu übertragen, wurde für eine spätere Versammlung zurückgestellt. Am Schlusse wurde dem Vorstande und den Kassenrevisoren von der Versammlung für ihre Tätigkeit der Dank ausgesprochen.

Stettin (Mühe). Die am 25. März im Vereinslokal abgehaltene Monatsversammlung war von etwa 100 Kollegen besucht und wurde seitens des Vorsitzenden mit der Mitteilung eröffnet, daß die Firma Panzer hierseits den Tarif anerkannt habe. Weiter macht derselbe bekannt, daß dem Gesamtpersonale der „Bürgerzeitung“ wegen Eingehens derselben gekündigt wurde. Das weitans größte Interesse nahm der nunmehr folgende dritte Punkt der Tagesordnung in Anspruch: „Stellungnahme zu der vom Kollegen Breddemann betriebenen Agitation zugunsten der christlichen Gewerkschaften.“ Bevor über diesen Punkt die Forderung eröffnet wurde, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich streng sachlich zu äußern und namentlich jede persönliche Anspielung zu unterlassen. Hierauf gab der Vorsitzende die Gründe bekannt, welche den Vorstand veranlassen, die ganze Angelegenheit, die durchaus nicht neuesten Datums sei, der Versammlung zur Entscheidung zu unterbreiten. Kollege Breddemann agitiert offen für die christlichen Gewerkschaften, eine Handlungsweise, die mit dem Prinzipien unsers Verbandes nicht gut vereinbar ist. Dieserhalb wurde genannter Kollege wiederholt zu Vorstandssitzungen eingeladen und vor die Entscheidung gestellt, entweder diese Agitation einzustellen oder damit zu rechnen, daß sein Ausschluß beantragt werden würde. Kollege Br. wollte aber auf diese Agitation nicht verzichten und nötigte dadurch den Vorstand, im angebotenen Sinne zu handeln. Nach diesen Erklärungen wurde die Diskussion eröffnet. Zuerst erhielt Kollege Breddemann das Wort, der zugab, für die christlichen Gewerkschaften agitiert zu haben, da die Zentralkommission angeführten Gewerkschaften sozialdemokratische Tendenzen verfolgten. Hierauf küßte er die Erklärung, gegen unsern neutralen Verband habe und werde er nicht agitieren, Agitation für die christlichen und Bekämpfung der übrigen freien Gewerkschaften werde er aber noch wie vor betreiben. Im Verlaufe der Diskussion wurde genannter Kollege auf das Widerinnige seines Standpunktes und seine eigne Aeußerung aufmerksam gemacht: Wenn in christlichen Gewerkschaften jemand für freie Gewerkschaften Propaganda machen sollte, würde er ausgeschlossen! Es wurde weiter angeführt, daß die christlichen Gewerkschaften nur ein Gegenbild gegen die freien bilden sollen und diese Behauptung seitens des betreffenden Nebners mit Zitate belegt. Nachdem dann noch eine Reihe von Kollegen für, einzelne gegen den Ausschluß gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingereicht. Der Vorsitzende trat demselben mit dem Bemerkten entgegen, es werde uns die Annahme desselben nur den Vorwurf zuziehen, wir hätten Terrorismus geübt, welche Bemerkung die Zurückziehung des Schlußantrages veranlasste. Eine Anfrage, auf Grund welches Paragraphen der Ausschluß des genannten Kollegen be-

antragt werde, wurde vom Vorsitzenden mit dem Hinweise auf § 5 a und b beantwortet. Der Vorsitzende wies dann auch noch auf den § 11 unsers Verbandsstatuts hin, nach welchem keinem Mitgliede ein gerichtlich klagbares Recht oder ein sonstiger Rechtsanspruch auf die Unterstützungen zufließt und erteilte darauf, daß sich kein Redner mehr zum Worte gemeldet hatte, dem Kollegen Br. das Schlußwort. Genannter suchte in demselben durch Anführung von Aussprüchen einiger Führer freier Gewerkschaften den Nachweis zu erbringen, die freien Gewerkschaften befänden sich im sozialdemokratischen Fahrwasser und die christlichen Gewerkschaften seien durchaus erstzinstberechtiget, was vorhin ein Diskussionsreder bestritt. Kollege Br. wiederholte darauf seine eingangs mitgeteilte Erklärung mit dem Bemerkten, eine andre nicht abgeben zu können. Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten, die auf Antrag eine namentliche war und folgendes Resultat zeitigte: Für den Ausschluß stimmten 73, gegen denselben 9 Kollegen, während 13 sich der Stimme enthielten. Damit war dieser Punkt erledigt und wurde zum folgenden Punkte: Vorschläge zur Neuwahl des Vorstandes, übergegangen und außer den Mitgliedern des jetzigen Vorstandes vier weitere Kollegen als Kandidaten aufgestellt. Vorgehrittener Zeit halber wurde die Beratung der folgenden Punkte bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Hamburg-Altona. (Maschinenmeisterverein.) Die am 11. März im Vereinslokal tagende Monatsversammlung war trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung schwach besucht. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß in allernächster Zeit, um auch den Kollegen aus dem Bezirke mehr tatkräftiges Interesse für unsere Bestrebungen, abzurufen und als Mitglieder unsern Vereine zuzuführen, Druckfadenausstellungen in Stade, Elmshorn usw. entrichtet werden sollen. Die Besprechung über das Zirkular der Zentralkommission entfaltete eine recht ergiebige Aussprache. Daß die tarifliche Festslegung des Einmachensystems einer kräftigen Weiterentwicklung der Tarifgemeinschaft Schwierigkeiten bereiten würde, verhehlte man sich keineswegs, jedoch war man mit den Ausführungen der Zentralkommission voll und ganz einverstanden, daß es hier vor allem an den Kollegen liege, durch ruhiges, rationelles Arbeiten den Beweis zu erbringen, daß das Einmachensystem keine Schädigung unsers Gewerbes mit sich bringen wird. Daß hier eine Aenderung eintreten muß, beweist die drastische Tatsache, daß am hiesigen Orte zu Ostern 31 Seker- und 26 Druckerlehrlinge ausliefen. Das Verhältnis ist sonst 10 Seker und 1 Maschinenmeister. Bei dieser Gelegenheit wurden auch von verschiedenen Kollegen die kürzlich erschienenen „Technischen Mitteilungen“ einer Kritik unterzogen, und waren die Nebner der Ansicht, daß die Zentralkommission mehr Sorgfalt verwenden müsse bei der Herausgabe ihrer sehr geschätzten Aufsätze. Speziell wünschte man die demische Zusammenfassung der Farben auf ihre Wichtigkeit verständlicher behandelt und in der Broschüre über „Zurichtung von Illustrationen“ eine sachliche Darstellung des Ausschnittes und die Ausschritte von Autotypie und Holzschnitt getrennt zu sehen. Hierauf gab das Vergnügungskomitee noch einen kurzen Bericht, worauf von der Versammlung 150 Mk. für ein diesjähriges Wintervergügen mit Kinderbescherung bewilligt wurden. (Eingegangen am 29. März.)

H. Königberg i. Pr. Unser verehrter Gauvorsteher und Ortsvereinsvorsitzender Heinrich Köhler ist am 23. März nach langem Leiden im Alter von kaum 32 Jahren der irdischen Berufskrankheit erlegen. Sein Tod ist für den Gau Ostpreußen und den Ortsverein Königberg ein schwerer Verlust. Ausgestattet mit reichen Kenntnissen und großer Pflichttreue, hat er sich jederzeit mit voller Hingabe der Organisation gewidmet; trotz seines schweren Leidens hat er ununterbrochen seine Vorstandspflichten erfüllt und noch fast bis zu seinem letzten Lebensstage Vereinsgeschäfte erledigt. Schon früher trotz seiner jungen Jahre als Vertrauensmann in einer größeren Druckerei tätig, berief ihn das Vertrauen der Kollegen bereits vor sechs Jahren als Beisitzer und Kreisvorsteher in den Gau- und Ortsvorstand; vor zwei Jahren übertrug ihm der Gautag einstimmig das Amt des Gauvorstehers, das er bis zu seinem Tode in gewissenhafter Weise wahrgenommen hat. Mit der Wahl Köhlers zum Vorsitzenden schen eine gewisse Stetigkeit in der Führung der Vereinsgeschäfte herbeigeführt zu sein; und da der Verstorbene sich für das ihm übertragene Amt hervorragend eignete, wurde seine Wahl allgemein mit Befriedigung aufgenommen. Er hat das in ihm gesetzte Vertrauen vollkommen gerechtfertigt; um so mehr empfinden wir daher seinen Verlust. Aber auch als Mensch und Kollege hat er sich reiche Sympathien erworben; wenn man gewöhnlich von Toten nur Gutes spricht, so ist es bei Köhler nicht Frage, sondern Wirklichkeit, und mit Recht kann man sagen: Er hatte keine Feinde. Die allgemeine Sympathie kam auch bei dem am 28. März erfolgten Begräbnisse zum Ausdruck, indem trotz des Wochentages und trübren regnerischen Wetters der größte Teil der hiesigen Kollegen (auch aus den Zeitungsdruckereien) ihm das letzte Geleit gab. Die Kränzspenden waren so zahlreich, daß ein besonderer Wagen zur Beförderung derselben nötig war; außer von den Angehörigen waren vom Hauptvorstande, von den Gauvorständen, dem hiesigen Gau- und Ortsvereine, der „Typographia“ (deren Sänger auch den üblichen Grabgesang darbrachten), allen größeren hiesigen Druckereien, mehreren Mitgliedschaften der Provinz sowie von einzelnen Kollegen Kränze gewidmet. Uns pflichtgetreuer und bewährter Organisationsleiter, als unter Mensch und Kollege,

so wird Köhler fortleben in der Erinnerung aller, die ihn kannten, und speziell derer, die ihm näher standen. — Unfre letzte, am 20. März abgehaltene Versammlung war gut besucht. In derselben wurden 32 Kandidaten zur Delegiertenwahl für den am 23. April hier stattfindenden Gautag aufgestellt. Ferner hatte sich die Versammlung mit einem Antrage auf Ausschluß des Seigers W. v. Hain zu beschäftigen. Derselben wurde denunziatorisches Verhalten gegen seine Kollegen bei der Geschäftsleitung zum Vorwurfe gemacht, auch sind infolge seines Verhaltens die Arbeitsbedingungen von vier Kollegen (darunter des Herrn v. H. selbst) verschlechtert worden, indem das Berechnen abgeschafft und die erwählten Kollegen zum Minimum wieder eingestellt wurden. Die Verteidigung des Angegriffenen fiel ziemlich schwach aus, und so wurde der Ausschlußantrag mit großer Mehrheit von der Versammlung angenommen.

Is. Weissig. In der am 2. April abgehaltenen Versammlung des Maschinenvereins wurde nach Eröffnung durch den Vorsitzenden und Erledigung einiger Internia sowie der Volkziehung von vier Aufnahmen das Schreiben der Zentralkommission betreffs der Konferenz im Jahre 1906 verlesen. Eine Stellungnahme zu letzterem wurde auf die nächste Versammlung verschoben. In zwangloser Folge sollen Vorträge- und Diskussionsabende eingeführt werden, und zwar so, daß an jedem Abend ein Maschinen-System in Vortrag und Besprechung über Störungen, Neuerungen (u. v.) genommen werden soll. Begründet wurde diese Neuerung damit, daß infolge „Stoffmangels“ in Versammlungen die technischen Mitteilungen manchmal nur ganz kurz gestreift oder gar abgelehrt werden müßten. Bei eventuellen Erörterungen über Monotypangelegenheiten wurde dem Vorstande ein Beirat von drei Monotypesachverständigen angegliedert. In nächster Zeit soll eine Agitationsversammlung einberufen werden, um dem Klub noch fernstehende Kollegen zuzuführen. Eine Beteiligung an dem diesjährigen in Dresden abzuhaltenden sächsischen Maschinenfesttage wurde beschlossen. Als Delegierter zur diesjährigen Verbandsgeneralversammlung wurde Kollege M. Ost aufgestellt. Zum Schluß wurden noch die Mitglieder ersucht, in der nächsten Monat abzuhaltenden Versammlung genaue Angaben über die Arbeitslokale (Größenverhältnisse, Lage, Maschinenabstand, Temperatur, Nebenräume u. v.) zu machen.

r. Mainz. Am 2. April fand im „Brauhaus zum Gutenberg“ eine Bezirksversammlung statt, in welcher unter Geschäftlichem verschiedene Eingänge — so auch die Einladung zum Mannheimer Bezirksvereinsjubiläum — besprochen wurden. Man einigte sich dahin, daß von seiten des Vorstandes eine Delegation entsandt werden soll, immerhin sollen jedoch die Kollegen bei Erscheinen des endgültigen Programms zu recht reger Beteiligung eingeladen werden. Bei Beratung der Tagesordnung sowie der zum Gautage gestellten Anträge stellte sich die Mainzer Kollegenschaft auf den Standpunkt, ihre Delegierten zum Gautage zu beauftragen, den Abänderungsantrag zu § 19 (von Hanau gestellt) nicht als Ganz-, sondern als Generalversammlungsantrag zu betrachten, jedoch denselben zu befürworten. Der Antrag Saarbrücken zu demselben Paragraphen (betreffend Arbeitsnachweis) sei zu begrüßen, jedoch soll derselbe noch eine Erweiterung erfahren, indem man für der Ans- auch die Abmelbung einfügen möchte. Der Zusatzantrag Speier zu § 25 wurde abgelehnt, da man es jedem einzelnen Bezirke überlassen soll, wenn er das Bedürfnis fühlt, sich jährlich eine Statistik zuzulegen. Ebenso konnte sich die Versammlung mit dem Antrage Hanau zu § 26 nicht befassen, wonach frühere Gaumitglieder, welche geraume Zeit in einem andern Bezirk mit uns in Gegenfährigkeit stehenden Gau konditionierten und im Mittelrhein wieder zureisen, ohne jegliche Karenz sofort wieder in ihre alten Rechte eintreten sollen. Man solle es einfach bei dem alten Passus belassen, da es doch immerhin eine Belastung für die Gaukasse bedeute, wenn mancher Kollege, der vielleicht einige Jahre in einem andern Gau gearbeitet, dann wieder im Mittelrhein zureist und sofort in den Genuß der Unterstützung komme, während wieder andere Kollegen, die stets im Gau Mittelrhein waren, erst nach Verlauf ihrer statutgemäßen Karenzzeit eine Gauunterstützung erhalten. Der Antrag Landau zu § 29 betreffend die Entsendung von Delegierten soll ebenfalls abgelehnt werden, da man der Ansicht ist, daß jetzt gerade genug Delegierte auf den Gauversammlungen vertreten sind. Dasselbe soll geschehen mit dem Antrage Mannheim zu § 33, wonach die Mitglieder des Gauverbandes das gleiche Stimmrecht erhalten sollen wie die Delegierten. Alle übrigen Anträge fanden die Genehmigung der Versammlung. Zu Gautagsdelegierten wurden aufgestellt die Kollegen Barth, Bente, Böttiger, F. Conradi, Engel, Jordan, F. Müller, M. Müller, Pöcher, Schaffrath, Sinz, Walter, Zech-Mainz, Ziesel-Bingen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Kollegen Zech und Bente vorgeschlagen. Ersterer wurde vom Bezirksvereine Mainz aus nominiert, während letzterer von den Gesamtmaschinenmeistern im Gau Mittelrhein in Vorschlag gebracht wird. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten fand dann Schluß der Versammlung statt.

J. K. Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Eine am 26. März abgehaltene und auch von einigen Wiesbadener Kollegen besuchte Versammlung beschäftigte sich mit einem Konferenzberichte über die am 19. März in Neustadt a. d. H. abgehaltene Zusammenkunft der Vertreter der Maschinenmeisterklubs im Gau Mittelrhein (bei der Kollege Bente-Mainz wieder einstimmig als Vertrauensmann namhaft

gemacht wurde) in eingehender Weise mit den mißlichen Verhältnissen in den Maschinenfabriken Wiesbadens. Seitens der Wiesbadener Kollegen wurde betont, daß eine große Anzahl der dortigen Maschinenmeister aus früheren Hilfsarbeitern hervorgegangen sei. Man gab sich bei der vorjährigen Gründung des Maschinenmeisterklubs der Hoffnung hin — indem den Nichtmitgliedern eine vierjährige Karenz gewährt wurde und der Motivierung, ihnen dadurch eine bessere Gelegenheit bieten zu können, dem Verbande beizutreten —, die Verhältnisse zu besseren gestalten zu können. Dies hatte jedoch keinen Erfolg, einesteils dadurch, daß den Klubmitgliedern sozusagen von ihren eignen Kollegen der Weg zum weiteren Vorwärtkommen vollständig abgeblockt wurde, teils aber auch dadurch, daß die Nichtmitglieder es vorzogen, wieder in ihren alten Schindrian zurückzufallen. Somit sei der Wiesbadener Klub nun vor die Alternative gestellt, entweder dem Mainzer Klub beizutreten oder aber müßten hier endlich einmal Schritte unternommen werden, daß dem Indifferenzismus unter den Wiesbadener Kollegen die Spitze abgebrochen würde. Ein Redner schilderte alsdann einen trassigen Fall, wonach in einer nichtarbeitsfähigen größeren Druckerei (Schellenberg) an einer Zwillingstotationsmaschine ein gelernter Tapezierer die Bedienung derselben übernommen habe. In einer zweiten Rotationsmaschine in der gleichen Druckerei versetze ein Hilfsarbeiter die Maschine, wegen in fast allen übrigen Druckereien dortselbst die Maschinenmeister das Einlegen selbst zu bejahren hätten. Bei der Gründung des Klubs sei man sofort darauf bedacht gewesen, diesem Umwege zu steuern, aber jede Möglichkeit hierzu sei den Kollegen aus den Händen genommen worden. Es herrsche in Kollegenkreisen eine solche Antipathie gegen den Maschinenmeisterklub, daß für die Folge für die gesamte Mitgliedschaft keinwegs etwas Erquickliches zu erwarten sei. Die Versammlung bedauerte in der darauffolgenden Debatte, daß man dem Maschinenmeisterklub Wiesbaden zu wenig zur Seite stehe, und gab das Verprechen, auf Ersuchen der Wiesbadener Kollegen in einer demnächst dortselbst abzuhaltenden Versammlung das Nähere über das weitere Bestehen des Maschinenmeisterklubs in die Wege zu leiten. Einzelne Redner betonten, daß man schon jahrelang an die ungesunden Verhältnisse des schönen Kurortes gewöhnt sei. Der Zeitpunkt zum Handeln sei jedoch als ersehnt zu betrachten, gerade in Bezug auf unsre nächstjährige Tarifberatung sowohl wie auch in Hinsicht auf die Tagung des deutschen Maschinenmeisterkongresses. Hier müsse es Pflicht eines jeden Kollegen sein, mit Rat und Tat den Druckern zur Seite zu stehen, statt ihnen Schwierigkeiten zu bereiten. Auf der einen Seite würden neue Forderungen gestellt, trotzdem die alten noch keinen Fuß zu fassen vermöchten. Einigkeit sei hier die Hauptsache, aber dieses Wort hätten die Wiesbadener Kollegen noch nie gekannt. Mit Recht würde Wiesbaden als das Schmerzenskind im ganzen Gau Mittelrhein bezeichnet.

Bezirk Neuenhain. In der am 26. März in Wittenberge abgehaltenen Bezirksversammlung hatten sich 48 Kollegen und einige Nichtmitglieder, welche sich im Laufe der Versammlung zur Aufnahme meldeten, im Hotel „Zur Stadt Magdeburg“ versammelt. Außerdem war noch der Vorsitzende des Schweriner Ortsvereins, Kollege Linnemann, als Gast anwesend. Die Verhandlungen wurden um 11 Uhr durch den Vorsitzenden Länge mit begrüßenden Worten an die Erschienenen eröffnet. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Schumacher-Berleberg in üblicher Weise. Hierauf erstattete Kollege W. Schulz den Kassenbericht und der seitherige Vorsitzende Vogler einen solchen über die seitens desselben unternommenen Schritte zur Besserung der gewerblichen Verhältnisse in einzelnen Orten des Bezirks. Hierauf wurden die zur Versammlung gestellten Anträge, welche sämtlich lokaler Natur waren, erledigt. Die Abhaltung eines Bezirksjubiläumestages zeitigte eine längere Aussprache und wurde, da ein solches ein agitatorisches Wert habe, beschlossen, ein derartiges Fest Mitte Juli in Neustadt a. D. mit vorausgehender Bezirksversammlung zu feiern. Aus mancherlei Gründen soll auch in diesem Jahre aus hiesigem Bezirke ein Kandidat zur Generalversammlung vorgeschlagen werden und wurde hierzu der Vorsitzende Länge gewählt. Gleichzeitig wurden auch die Kandidaten zu der in diesem Jahre abzuhaltenden Gauversammlung ernannt. Dem Berichte der Vertrauensleute war zu entnehmen, daß sich die Verhältnisse seit der letzten Versammlung wieder etwas gebessert haben, da einige Firmen auf Anregung des Tarifverein hatten. Lebhafteste Klage wurde aber wieder über die Orte Dranienburg, Prignitz und Wittbold geführt. Der Teilnehmern der Fahrt wurden vier Pfund des Fahrgeldes zurückerstattet. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt und zwei Kollegen, welche das Ende der Versammlung nicht abwarten konnten, in eine Ordnungsstrafe genommen. Nachdem Kollege Linnemann seinen Dank für die ihm gewährte Gastfreundschaft ausgesprochen und ein Hoch auf das Wohlsein und Gedeihen des Bezirksvereins ausgedrückt hatte, schloß der Vorsitzende mit einigen herzlichen Worten und einem kräftigen Hoch auf den wahren Hort aller Buchdrucker, unsern Verband, die erfolgreiche Versammlung. — Nicht ganz unerwähnt wollen wir aber noch lassen, daß der Gutenbergbund seine Vertreter am selben Sonntag zu einer Versammlung nach Prignitz stiftschweigend zusammenberufen hatte. Wäre dieses aus Interesse an der Besserung der Verhältnisse im Bezirke geschehen, so würde es uns freuen; da

wir aber berechtigten Grund haben, hieran zu zweifeln, so bleibt wohl nur die Angst bestehen, es könnte dieses oder jenes „Schäferlein“ abspinnen und zum Verbanne gehen. Na, vielleicht treffen wir uns das nächstemal.

Hr. Weimar. Am 10. April feiert unser bewährtes Mitglied Hugo Reinhardt sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. In ihm vereinen wir einen allgemein geschätzten, lieben Kollegen und einen jener „Alten“ im Verbande, die durch ihr allzeit bereitetes Eintreten für die kollektialen Bestrebungen die Grundlagen geschaffen haben, auf denen sich alle späteren organisatorischen und tariflichen Erfolge aufbauen konnten. Kollege Reinhardt gehört über 38 Jahre der Organisation an. Er konditionierte in seinen jungen Jahren u. a. in Kassel, Hildburghausen, Hannover und Naumburg, überall sich als überzeugungstreues Verbandsmitglied betätigend. Die hannoverschen Kollegen wählten ihn in den Vorstand; Kassel und Naumburg dagegen verdanen neben längst verstorbenen anderen Kollegen seiner tatkräftigen Mitwirkung die Einführung des Tarifes, was gelegentlich auch im „Corr.“ erwähnt worden ist. Seit über 30 Jahren ist Hugo Reinhardt in Weimar tätig, von wo er auch einst seine Ausfahrt nahm. An allem, was die organisierte Kollegenschaft berührte, hat er stets regsten Anteil genommen, mancher junge Kollege könnte sich in dieser Beziehung ein Beispiel an ihm nehmen. Bis auf den heutigen Tag gehört der Jubilar dem Vorstande des Ortsvereins als Redaktor an, seit Jahren vertritt er die Buchdrucker im Vorstande der allgemeinen Ortskrankenkasse, die „Weimarsche Buchdrucker-Gesellschaft“ leitet er seit langer Zeit als erster Vorsteher. Auch dem Gesangsvereine „Gutenberg“, dem er zehn Jahre vorgestanden, leiht er noch immer seines Basses Grundton, und mancher Kollege, der in unsrer trauten Sängerrunde angenehme Stunden verlebte oder überhaupt in Am-Allen konditionierte, wird sich gewiß des „Alten“ an seinem Ehrentage gern erinnern. Die Weimarer Kollegen werden sich am 9. April, vormittags 11 Uhr, in ihrem Vereinslokale (Krommwehs Restaurant, Köhlstraße 9) zu einer entsprechenden Feier mit dem Jubilare vereinigen. In demselben Tage wird auch das 38. Stiftungsfest des Ortsvereins begangen werden.

sch. Wiesbaden. Die am 25. März abgehaltene Versammlung war von Mitgliedern aus Wiesbaden, Schierstein und Viebrich zufriedenstellend besucht. Betreffs der Johannisfeier wurde der Beschluß gefaßt, dieselbe möglichst in einem Orte des Rheingaus (Viebrich, Schierstein u. v.) zu feiern; eine Kommission wurde zu diesem Behufe gewählt, die das Weitere zu veranlassen hat. Die Hauptpunkte der Versammlung betrafen die Vorgänge in Schierstein und Viebrich. Kurz dargelegt sind dieselben die folgenden: In Schierstein stehen bei F. Meder drei Mitglieder, welche schon verschiedentlich versucht, den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Diesmal war, trotz Inanspruchnahme des Geheißvertreters Dominé und des Prinzipalvertreters Mahlau, das Resultat die direkte Kündigung der betreffenden Kollegen. In Stelle einer Besserung der Verhältnisse gedenkt der Besitzer der Druckerei eine Verschlechterung eintreten zu lassen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß hier eine Maßregelung in schroffster Form vorliege und sollte einen dementsprechenden Beschluß. Betreffs der Verhältnisse in der Druckerei Gündling & Hofmann in Viebrich wurde eine Klärung erzielt und dem gekündigten Mitgliede der Schutz der tariflichen Institutionen zugesprochen.

Rundschau.

„Besserung der Arbeitsbedingungen durch staatliche Einwirkung“ ist folgende Notiz des Berliner „Vorwärts“ überschrieben: „In welcher Weise die Behörden durch ganz einfache Maßnahmen die Arbeitsverhältnisse beeinflussen können, das zeigt sich jetzt in Bayern. Vor vier Wochen hat das Gesamtministerium verfügt, daß staatliche Druckaufträge in der Regel nur noch an tariffreie Druckereien vergeben werden sollen. Das gleiche Vorgehen hat die Regierung auch den Gemeinden empfohlen. Die nächste Folge war, daß sich namentlich in der Provinz zahlreiche Druckereistellen zur Tarifgemeinschaft angemeldet haben. Damit ist der früher oft beliebte Einwand widerlegt worden, daß kleinere Provinzgeschäfte wegen der behördlichen Aufträge allein nicht den Tarif anerkennen könnten. Für viele Buchdrucker-gesellschaften bedeutet diese Wendung der Dinge eine teilweise wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Dabei ist auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. Zu wünschen wäre nur, daß auch die Tarifvereinbarungen in anderen Gewerben von der Regierung in gleicher Weise respektiert und gefördert würden.“ Wir bringen diese Zeilen wirklich, um damit zu zeigen, wie hoch das sozialdemokratische Zentralorgan — auch andere Parteilätter haben sich im gleichen Sinne ausgesprochen — die Wirkungen des bayerischen Tarifgesetzes für die Buchdrucker-gesellschaften einschätzt. In Kollegenkreisen geht man aber vielfach, wenn nicht meistens, über solche erfreulichen Fortschritte unserer Tariffrage, um die uns die Arbeiter jedes andern Gewerbes beneiden, entweder stillschweigend oder mit dem Achselzucken hinweg, daß doch die ganze Geschichte keinen Zweck hat. Vor dem Wahngelbde einer allgemeinen Verschlechterung sieht man nicht einmal mehr unbestreitbare Fortschritte!

Ueber die ungünstigen Wirkungen der neuen Handelsverträge auf die deutsche Papierindustrie sagt die Vereinigung für die Zollfragen der Papier- verarbeitenden Industrie und des Papierhandels in ihrem Geschäftsberichte, dem das Resultat einer bei den Mit- gliedern veranstalteten Umfrage zugrunde gelegt ist, u. a. auch folgendes bezüglich der Druckindustrie: „Wohl am schwersten ist die große deutsche Kunstdruckindustrie betroffen. Diese hatte ebenso über die Unklarheit der fremden Tarife, an der die Verträge wenig oder nichts geändert haben, zu klagen, wie besonders auch über die Zollsätze. Sind doch teilweise statt der bisherigen Zoll- freiheit überhaupt neue Zölle geschaffen worden, wie in Oesterreich-Ungarn und Rumänien. Die gewünschte Zoll- ermäßigung in Italien und Rußland ist auch nicht ein- getreten, während Belgien statt einer durchgreifenden Er- mäßigung nur für die mehrfarbigen Lithographien usw. einige Zugeständnisse gemacht hat. Die schwerste Ent- stückung aber bereitete die Schweiz, deren Zölle eine Er- höhung von 4, 8, 16, 25 Fr. auf 30, 35, 40, 45, 50 und 65 Fr. aufweisen, während die deutschen Zölle auf „Druck jedes Verfahrens“ der Schweiz gegenüber auf 6 Mk. ermäßigt worden sind, ja für einige Artikel, wie für Kommunionbilder und dergleichen, sogar Zollfreiheit gewährt worden ist. Für gebundene Bücher ist in Oester- reich nicht einmal die volle Zollfreiheit gewährt worden. Der russische Zoll auf Bücher in russischer Sprache ist von 4,50 Rubel auf 17 Rubel erhöht worden. Der Zoll für gebundene Bücher in Italien ist geblieben. In Serbien müssen gebundene Bücher einen Zollsatz von 20 Dinar per Doppelzentner entrichten.“ Sinzigefügt wird, daß in den beteiligten Kreisen große Erregung über den Ausfall der Verträge herrsche und daß mit einer weitestgehenden Erleichterung des Exportgeschäftes gerechnet werde.

Der „Generalanzeiger für Oberswalde“ macht wieder mit einer ganz kurzen Anzeige von sich reden. Das Blatt brachte nämlich kürzlich einen Propagandaartikel über — das Zeitungspapier und seine Verwendung, in welchem lang und breit die Unverwendbarkeit des be- druckten Zeitungspapiers zum Einwickeln von Butter- broten usw. dargelegt wird. Ganz in grau wird dieser Nebelstand geschildert, als ob es sich um ein Verhängnis handle, von dem das Weltenschicksal abhängig ist. Doch die Redaktion des „Generalanzeiger für Oberswalde“ hat Gott sei Dank ein Mittel zur Hand, um den drohenden Welt- untergang abzuwenden. „Nun, verzage nicht, lieber Freund“, heißt es nämlich in dem Artikel weiter, „da wir stets vorwärts schreitend auch gerade unseren Freundinnen, den besorgten Hausmüttern, eine neue Auf- merksamkeit erweisen wollen, so werden wir deren Sorge dadurch abhelfen, daß ab und zu an einzelnen Tagen in der Woche nur eine Seite unserer Zeitung bedruckt und wir die andre unbedruckt liefern werden, damit man ein appetitliches Frühstückspapier auf diese Weise von uns mitgeliefert bekommt, und zwar als Gratisgabe erhalten Sie daselbst, denn das Format wird an solchen Tagen doppelt so groß erscheinen, die Leser also inhaltlich nicht gekürzt werden. Bitte, weisen Sie gültig alle Bekannten und Freunde, besonders Ihre Nachbarinnen, sogleich hierauf hin, damit diese unser Blatt sofort bestellen können, wenn sie noch nicht zu unseren Lesern gehören. So sorgt eine fürsorgliche Expedition, wie die Oberswalde, Eisenbahnstraße 99, für ihre Abonnenten. Immer voran! Werben auch Sie recht eifrig zum Quartalswechsel für uns! Treue um Treue!“ Wegen dieser Annonce kann man dem Blatte wirklich nicht gram sein, die ist ein- fach zum Schließen.

Dem vor mehreren Wochen verstorbenen Inhaber und Leiter des Inselverlages in Leipzig, Herrn Rudolf von Boellnitz, widmet die „Freiheit“ folgenden ehrenden Nachruf: „In ihm hat die Kunst der deutschen Buchaus- staltung einen ihrer bedeutendsten Förderer und Gestalter verloren. Was er in den wenigen Jahren seiner Tätig- keit geleistet hat, was er für den guten Geschmack in Buchbindungen getan hat, ist Vorbildlich geworden — die Inselbücher sind ein bleibendes Beispiel und Muster dafür, wie ein Buch aussehen soll. Daß er in der Wahl seiner Literatur wie dem schlechtesten Geschmacke des großen Publikums Konzessionen machte, nie nach einem billigen Gewinne fragte, das ehrt ihn und zeichnet ihn aus. Der seine, stille Mensch ging zu früh, seinen Freunden und seiner Arbeit, die er in den schönen Anfängen lassen mußte, wo er voller Pläne war. Was er geleistet hat, hat er auch für andere getan. Die Wiederbelebung des Geschmackes an schönen Bänden ist ihm zu danken, und das wird ihm unvergessen bleiben.“

Am 2. April war der 100. Geburtstag von Hans Christian Andersen, dem bekannten dänischen Märchen- dichter, dessen zahlreiche Werke heute noch ihren Platz feil behaupten. Anderen, in Dänese auf Jütland geboren, starb am 4. August 1875 in Kopenhagen.

Bei einem in Dresden gefällten Urteile wegen Ver- leumdung des Kinderschutzes ist einmal wieder das Sprichwort von den kleinen und den großen Dieben anwendbar. Eine ältere Zeitungsträgerin war angeklagt, zu verschiedenen Malen durch Kinder unter zwölf Jahren den Abonnenten die Zeitung zugestellt zu haben. Die Kinder hatten ihre Hilfeleistung selbst angeboten, welche die Frau, die leidend ist und schwer Treppen steigen kann, gern annahm. Vom Schöffengerichte freigesprochen, da das Gesetz nur die dauernde Beschäftigung der Kinder ver- biete, wurde die Frau auf staatsanwaltschaftliche Anweisung des freisprechenden Urteiles hin vom Landgerichte zur Mindeststrafe von 3 Mk. verurteilt.

Wenn es auch nicht möglich ist, auf die Verhandlungen des Bergarbeiterdelegiertentages für Preußen näher einzugehen, so sei doch in großen Zügen ein Bild von dieser in ihrer Art erstmaligen Demonstration einer sich aus nicht weniger als sechs verschiedenen Richtungen zusammenfassenden Vertretung von 500 000 Arbeitern eines Berufes gegeben. Es war im wahren Sinne des Wortes ein Proletariatsparlament, das seine Stimme erhob, damit es in dem Dreiklassenparlamente in der Leipziger- straße wie auch im Wallthause kräftig widerhalte, und damit auch in dem Palais in der Wilhelmstraße dem Manne mit dem so schwachen sozialpolitischen Rüstzeuge zum Bewußtsein komme, wie sehr er sich wieder auf dem Holzwege befindet, als er im preussischen Landtage am 27. März diesen dünnen Aufguss von sozialer Reform, die Berggesetznovelle über die Arbeitsverhältnisse, mit einer Beschwörung des sozialdemokratischen Schreckgespenstes und der daraus zu erwartenden Erstarkung des monarchi- schen Gedankens zu entschuldigenden Unternehmungen. Die aus dem Reichstage und dem preussischen Landtage abwechselnd den Verhandlungen beiwohnenden Abgeordneten der linken Parteien und des Zentrums wie auch die zugegen ge- wesenen Sozialpolitiker werden allerdings aus den 104 gehaltenen Reden — uneingerechnet die Geschäftsordnungs- debatten usw. — die Ueberzeugung gewonnen haben, daß nichts Trüchtiger ist, als den Kampf der Ruhrbergleute und der Bergleute überhaupt um bessere Arbeitsbedingungen und gerechter, humanere Behandlung vom parteipoli- tischen Standpunkte aus zu beurteilen, wie es Bülow wiederum getan. Schreibt doch selbst die „Leipziger Volkszeitung“, nachdem häßlich und düwellig ihren partei- satanischen Wortschwall über die verkehrte, parteischädigende Taktik der Zeitung des deutschen Bergarbeiterverbandes in den Spalten des Leipziger Organs ausgehaucht, in einem auffallend sachgemäßen Leitartikel, der nur in dem in Nr. 29 der „L. V.-Ztg.“ erschienenen („Streit und Sozial- demokratie“) ein Seitenstück findet: „Wenn solche Prole- tariatsparlamente haben wir auch nicht das geringste einzuwenden; im Gegenteil, sie sind Klassenparlamente, die ersten, die über den Parteien stehen. Was wir hier sehen, ist eine Organisation des Prole- tariats als Klasse, allerdings nicht als politische Partei — dazu bedürfte es nicht nur eines einzelnen Gewerbezweiges — sondern als ökonomische Bewegung in einem Gewerke. Wie der Streik im Ruhrreviere gezeigt hat, daß die Arbeiter aller Parteien im Kampfe gegen das Unternehmertum in gleicher Front stehen, wie er das proletarische Moment im gewerkschaftlichen Klassenkampfe als das verbindende Element er- wielet hat, so ist auch dieses Proletariatsparlament ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung, der einer späteren Zusammenfassung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gemeinsamer proletarischer Aktion die Wege weisen dürfte.“ Wenn ein Blatt wie die „Leip- ziger Volkszeitung“ eine solche Meinung von dieser Demonstration der Bergleute als Gesamtarbeit hat, dann kann man erst so recht erkennen, wie sehr sich der ver- döchtete preussische Handelsminister (Webel) Bezeichnung für Wölfer in der Reichstagsitzung vom 29. März) und dessen Herr und Meister, Bernhard Bülow, sich auf dem Holzwege befinden, als sie eine Vertretung der preussischen Regierung auf dem Bergarbeiterstage für überflüssig erklärten. Als einziger befähigter Vertreter wohnte dem zweiten Verhandlungstage ein Polizeikommissar aus Bochum bei im Auftrage des Regierungspräsidenten von Arn- berg. Und was hätten die Regierungsorgane, die Berg- räte und Berginspektoren nicht alles hören und lernen können auf der Tagung dieses Parlamentes von schlächten Arbeitern, die mit ihren Wünschen und Forderungen so gar nicht in das Uferlose gerieten, wie das die Agrarier im Jütland-Buch alljährlich tun! Das Verlangen der Bergarbeiter nach kürzerer Arbeitszeit ist ja schon um deswillen durchaus berechtigt, weil schon vor 50 Jahren die Achtstundenschicht die Normalarbeitszeit war, die leider durch das Gesetz von 1865 beseitigt wurde. Den jezt von der Regierung vorgeschlagenen sanitären Arbeitszeit ver- werfen dagegen die Bergarbeiter, weil — wie Sie in seiner einleitenden Rede ausführte — die Zeiten genug Mittel und Wege haben, die Temperaturen in den Be- triebsorten auf unter 22 Grad herabzubringen. Sie be- zeichnete das Zedensstilllegungsgezet als ein Zugeständnis an die Arbeiterschaft, es habe aber nicht Hand und nicht Fuß. Auf nicht weniger als 40 Millionen Tonnen anbaufähige Kohle schätze die Regierung jezt die still- gelegten Gebiete; Sie stellte deshalb als eine persönliche Forderung von ihm die der Verstaatlichung des Berg- baus auf, die jedoch ausgefallen wurde. Sie kritisierte dann noch eine Reihe von Missethäten und beleuchtete das von der Untersuchungskommission abgegebene Be- rühmte Urteil, daß allgemeine Mißstände nicht festgestellt seien und auch nicht ungewöhnlich viel genullt werde. Aufmerksamkeit vom alten Verbande referierte über die Dauer der Schichtzeit und das Ueberstundenwesen, unter all- gemeinem Beifalle den Achtstundentag für alle Berg- arbeiter und einen wirklichen Arbeiterschutz fordernd. In die Regierung und das preussische Abgeordnetenhaus wurde dann eine Reihe von Forderungen formuliert, deren hauptsächlichste sind, daß spätestens vom 1. Oktober 1905 ab für alle Steinkohlen-, Erz- und Kalibergwerke die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden, vom 1. Januar 1907 an aber 8 Stunden betragen soll. Zu den Braunkohlen- gruben soll vom 1. Oktober 1905 ab die Höchstbauer der Arbeitszeit 10, vom 1. Januar 1907 an 9 und vom 1. Januar 1910 an 10 Stunden betragen. Der Re-

gierungsentwurf will bekanntlich eine Regelung der Arbeitszeit nur für die Steinkohlenbergwerke und für diese auch nur in den ungenünderen, heißeren Gruben schaffen. Interessant war am Schlusse des ersten Tages ein kleiner Streitfall, der sich um die Zulassung eines rein konfessi- onellen (katholischen) oberbergleischen Arbeitervereins drehte. Hier waren die christlichen Führer strikte Gegner der Zu- lassung, weil die katholischen Fachabteilungen den Aus- stand der Ruhrbergleute scharf verurteilt haben, wie sie überhaupt gegen jeden Streit sind. Sie trat hingegen für die Zulassung ein, die denn auch erfolgte. (Die man- sfeldischen reichstreuen Bergarbeiter zeigen daselbe Ver- halten.) Die Bergarbeit in Oberschlesien bezeichnete ein Redner als keine Arbeit für freie Menschen, sondern für Delinquenten, sogar die Zuschläusler hätten noch einen bessern gesetzlichen Schutz. Bemerkenswert war auch ein Geplänkel unter einigen christlichen Vertretern. Einer derselben beanstandete nämlich den Passus in der Reso- lution Hufemann, daß die Wünsche der Bergarbeiter fast ganz unberücksichtigt in dem Gesetzentwurf geblieben seien; man müsse dankbar anerkennen, daß die Regierung etwas für die Bergarbeiter getan habe. Zwei andere christliche Vertreter betonten demgegenüber, daß von einer Dankbarkeit nicht die Rede sein könne. Ueber die Arbeiter- ausschüsse referierte Efferst vom christlichen Gewerksvereine, welcher schon für Gruben von 20 Arbeitern an einen Ausschuss forderte; weiter verlangte Redner auch für den Bergbau den kollektiven Arbeitsvertrag sowie die Errich- tung paritätischer Bergwerkskammern. Die Serangierung von aktiven, aus direkter und geheimer Wahl hervor- gegangener Bergarbeiter zur Mitkontrolle der Gruben, wofür der Staat die Kosten zu tragen habe, verlangte Kühme (christl.) in seinem Referate. Von christlichen, polnischen, jüdisch-dunderschen und Delegierten des alten Verbandes wurde ausföhrliche und scharfe Kritik an der Behandlung der Arbeiter in den Untersuchungskommissionen sowie an den vielfach vorgekommenen Mißregelungen dieser Kommissionsmitglieder geübt. Die Entrüstung über diese schändliche Handlungsweise der Bechenverwaltungen führte dann zu dem Beschlusse, nicht mehr an den Unter- suchungen teilzunehmen, und zwar so lange nicht, bis genügende Garantien gegeben sind, daß durch diese Unter- suchungen die Wahrheit zutage gefördert werden kann. Das ist eine klatschende Ohrfeige für die Regierung, die zum Schutze der von ihr gehörten Bergleute nicht das geringste getan. Und mit dem Resultate solcher Unter- suchungen will die Regierung obenrein noch Silber heraus- stecken! Mit dem Wagenmullen verhält es sich nicht anders. Von den Bechenbesitzern und der Regierung wurde das als nicht so schlimm hingestellt; wie der jüdisch-dundersche Referent jedoch nachwies, sind die Eintragungen über die genullten Wagen von den Bechenverwaltungen vielfach zu niedrig. Mit diesen falschen Feststellungen ließ sich dann der Oberbergrat Meißner täuschen und verwandte sie als Gegenargument im Reichstage gegen die Klage der Berg- arbeiter über das Nullen. Daß die Bergleute den von ihnen zu stellenden Kontrollleur bei der fernern, aller- dings gänzlich mobilisierten Handhabung des Nullens selbst begähren wollen, zeigt jedenfalls dafür, wie schlimm sie die Abhängigkeit so eines Berufsgenossen von der Bechenleitung einschätzen. Das Strafwesen soll entgegen dem Gesetzentwurf anders gestaltet werden, die darin vorgesehenen Erleichterungen seien durchaus unzureichend. Neben anderem wird nämlich verlangt, daß die gegen einen Bergarbeiter verhängten Geldstrafen den einfachen Betrag des durchschnittlichen Tagesverdienstes in einem Monate nicht übersteigen dürfen. Was der polnische Referent sowie ein Redner der Christlichen, letzterer über das Strafwesen in Vothringen, zu diesem Thema aus- sührten, brachte haarsträubende Zustände an den Tag. Es wurden mit Namen belegte Fälle angeführt, daß Strafen von 40,35 und 55,60 Mk. in einem Monate gegen einzelne Arbeiter ausgesprochen wurden! In der Diskussion über das Referat „Frauen- und Kinderarbeit“ wurde zur Sprache gebracht, daß im Mansfeldischen sogar Kinder unter 14 Jahren unter Tage beschäftigt werden. Die Mansfelder Kupferbauende Gesellschaft hat nämlich 1879 das Privileg zur Kinderarbeit erhalten, weil ohne diese dort der Betrieb sich nicht rentiere!!! Es gibt dort Kinder von 14 Jahren, welche schon Unfallinvalidenrente beziehen, auch haben mehrere Kinder in diesem Alter bereits ihr Leben bei der Bergarbeit eingebüßt. Das deutsche Sigillen nennt man in Bergarbeiterkreisen den Mansfelder Berg- bau; dort haust der famose Verein der reichstreuen Berg- arbeiter. Selbstverständlich verlangen die Bergleute die Abschaffung jeder Frauen- und Kinderarbeit. Ueber die Reform des Knappschaftswesens referierte Sachse, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, welcher neben einer Reihe von Forderungen auch die aufstellte, die preussische Regierung solle ihren im Herbst 1903 veröffentlichten, von den Grubenbaronen zu Falle gebrachten Entwurf für diese Reform aufrecht erhalten. Interessant ist, daß die Berg- leute die freie Arztwahl in einem Umkreise von zehn Kilometern fordern, während die Ärzte in den Berg- werksdistrikten gar nicht an diese Kardinalforderung des Knappschaftsverbandes denken. Die Abhängigkeit der Knapp- schaftsärzte ist nämlich so groß, daß sie vollständig in den Rahmen der sozialen Verhältnisse im Bergbau hinein- paßt. Zum Schlusse des Bergarbeitertages gab es noch eine bemerkenswerte Kontroverse. Vom alten Verbande wurde nämlich ein Antrag eingebracht, die Siebener- kommission für den ganzen preussischen Bergbau zu er- weitern und sie so zu einer dauernden Einrichtung zu

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 40. — Donnerstag den 6. April 1905.

Fortschreibung aus dem Hauptblatte.

machen. Hiergegen wandten sich die Christlichen mit auffallendem Eifer, sie hielten sich durch die Beschlüsse ihrer Organisation gebunden und wollen den Verbänden den Vortritt lassen; gegen ein weiteres Zusammenwirken hatten sie jedoch nichts einzuwenden. Der Antrag des Verbandes wurde darauf zurückgezogen. Was dem Vergarbeitsfrage noch eine besondere Bedeutung gibt, ist, daß die Delegierten ungeachtet der verschiedentlich in Aussicht gestellten Maßregelung frank und frei von der Leber reden, und zwar Redner aller Schattierungen. Dadurch sind die Mißstände im Bergbau in zweifelsfreier Weise vor aller Welt offenbar geworden, damit ist aber auch bewiesen, daß von einer Niederlage dieser Arbeiterschaft in ihrem zurückliegenden großen Kampfe nicht die Rede sein kann. Das hat ja auch Nebel im Gegenjate zu Hähnisch, Diwoll usw. im Reichstage in der vorigen Woche betont. Ueber die weittragende Bedeutung dieses Proletariatsparlamentes haben wir uns auch in voriger Nummer schon ausgelassen.

In Bayern ist abermals ein bemerkenswerter sozialpolitischer Erlaß von der Regierung, in diesem Falle von dem Minister des Inneren, erschienen. Den Gewerbeaufsichtsbearbeiter wird nämlich empfohlen, sie sollten anregend und vermittelnd bei den Bestrebungen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse, der Wohnräume und sonstiger sozialer Fragen der Arbeiterschaft mitwirken, namentlich sollen sie auf die Förderung der Tarifgemeinschaften bedacht, andererseits aber bemüht sein zur Beseitigung des Prämien-systems. Betreffs Abstellung der Mißstände auf dem Wohnungsgebiete wird ein Zusammengehen mit den Arbeitnehmern und den Bauvereinen empfohlen. Gewerbegerichte sollen auch in kleineren Gemeinden mit industrieller und gewerblicher Bevölkerung in Anregung gebracht werden. Die Berginspektionen sollen sich den Schutz der Bergarbeiter sowie die Hebung der Wohlfahrt derselben nach allen Beziehungen angelegen sein lassen. Es berührt wohl-tuend, wenn von einer Bundesstaatsregierung den Gewerbeinspektoren beratende Anweisungen in einem Augenblicke erteilt werden, wo der höchste Reichsbeamte mit seinem sozialpolitischen Wissen und Empfinden wieder einmal sich arg blödsinnig hat. Was Nebel in der vorigen Woche dem Reichskanzler über sein Auftreten bei Beginn des Ruhrbergarbeiterstreiks und seine Ausführungen im preussischen Abgeordnetenhause vorgehalten, war so recht kennzeichnend, wie unvoreilhaft Bülow von dem bayerischen Minister Feilich in sozialen Fragen abfällt.

Die Kartivbewegung der Lithographen und Stein-drucker in Leipzig hat einen Zwischenakt erfahren. Die Bringschick hat nämlich infolge des Ultimatum der Gehilfenschaft etwas eingelenkt, so daß sich Aussichten auf eine friedliche Erledigung eröffneten. Die Gehilfenschaft stellen ihrerseits in Aussicht, daß die partiellen Aussprüche bei zwei Firmen unter solchen Umständen ihre schnelle Erledigung finden würden. Innerhalb acht Tagen sollen die Tarifverhandlungen nun beendet sein, tritt das nicht ein, würden die bereits ausgesprochenen Kündigungen wieder in Kraft treten, eventuell solle ein Generalstreik begonnen werden. Bei den Buchdruckereihilfsarbeitern und Arbeiterinnen wird der Kampf hingegen zum Ausbruche kommen. Die Leipziger Buch-druckerdemokratie hat nämlich die Anweisung gegeben, mög-lichst viel Punkterinnen und Anlegerinnen anzulernen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. — In Braun-schweig streifen die Fensterputzer. Die Fuhrleute und Tagelöhner der städtischen Hausmüllabfuhr in München haben infolge der Intervention des Magis-trates nicht nur ihre Forderungen bewilligt, sondern Zu-geständnisse über diese hinaus erhalten. — In Witten haben die Schneider den Ausschuss erklärt, weil die Meister, entgegen ihrem Versprechen, den vereinbarten Tarif nicht unterzeichnet haben. — In Grlitz sind die Zimmerer ausständig. — Die Schneider und die Maler in Pöln, und zwar in beiden Gewerben die frei-mit den christlich-organisierten Berufsge nossen zusammen, haben die Arbeit eingestellt. — Die Steinsetzer in Breslau wurden ausgepörrt, in Ostpöln befinden sie sich wegen ausgebrochener Lohnhörscherezen im Streik. — Wegen des Boykottes über eine Köhner Brauerei sollen die Brauereiarbeiter von 34 dortigen Firmen dieser Branche ausgepörrt werden. — In Mannheim haben die Metallarbeiter bei der großen Fabrik von Benz einen vollen Sieg errungen dank der Mitwirkung des Fabrik-inspektors bei den Verhandlungen.

In Malmö befinden sich die Maler im Ausstände.

Briefkasten.

H. M. in Hamburg: Ihre Besichtigung traf nicht zu. Wir sind nicht erschrocken über die Einfindung, erschrecken nur Sie jetzt nicht wegen der Ablehnung. Wünschen Sie das Manuscript zurück „von wegen Dresden“? Gruß! — D. E. in Mainz: Selbstverständlich haben Sie das Recht auf Wiedereinstellung, da Ihnen ja erst gekündigt

werden müßte. — B. in Weimar: Besten Dank und Gruß! — P. S. in P.: Sie schreiben: Einen recht merk-würdigen Begriff vom Sterben scheint der Schreiber des mit M. K. aus Sieben unterzeichneten Artikels über die Witwen- und Sterbegelderhöhung zu haben, wenn er schreibt, daß es eine Bevorzugung der jüngeren gegenüber den älteren Kollegen sein würde, wenn z. B. 50 Mk. Sterbegeld schon bei 50 geleisteten Beiträgen gewährt würden. Ja, glaubt M. K. denn etwa, daß ein jüngerer dann im Hinblick auf eben diese Bevorzugung lieber sterben würde als ein älterer? — G. in Siegen: Im Verlage des Schwäbischen Schillervereins in Stuttgart. Ist durch den Buchhandel nicht zu beziehen. Für das große Publikum wohl kaum käuflich. Wenden Sie sich doch an den betreffenden Verein. Unsere Mitteilungen stützen sich auf Notizen in der Tagespresse. — F. D. in Köln: Soweit wird es ja nicht gleich kommen. Zugesehen muß man aber, daß die Lokalfrage in Köln eine sehr wichtige Rolle spielt und Abhilfe zu wünschen wäre. Wir raten Ihnen, die vorhandenen Instanzen (Gau- und Zentralvorstand) anzurufen und deren Entscheidung herbeizuführen. Bei der Stellung, wie wir sie gegenüber der „Partei“ einnehmen, möchten wir, um Mißverständnissen vorzubeugen, mit unserm Urteile zurückhalten. — D. W. in Berlin: Anonymus wird nicht aufgenommen. — W. in Duisburg: 3,05 Mk. — B. F. in London: Verjuchen Sie es einmal mit dem „Deutschen Buch- und Stein-drucker“ (Ernst Morgenstern, Berlin W 57). — A. B. in Hamburg: 3,30 Mk. — Nach Reichsbach i. Schl.: Korrespondenz wird nicht aufgenommen. — S. F. in Frankfurt a. M.: Infolge gemachter trüber Erfahrungen müssen wir für Ihren Bericht erst die Zustimmung des Ortsvorstandes verlangen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentral-verwaltungen zu richten, und zwar für:
Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29;
Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1.
Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro;
Elsass-Lothringen: A. Schmall, Strassburg, Lange-strasse 146.
Oesterreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.
Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-tér 3, Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“.
Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58.
Fiume: Fabbroni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20.
Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.
Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.
Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Mancei).
Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philipp-strasse.
Belgien: W. Sarhae, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60.
Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.
Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20.
Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22 A.
Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8 Berlin.

Der Vorstand.

Bezirk Altenburg. Das Amt des Vorsitzenden wird jetzt von dem Kollegen G. Sturm, Adelsfeldstr. 14, II, versehen. (Verichtigung zum Adressverzeichnis in Nr. 37.)
Bezirk Bamern. Als Gantagsdelegierte wurden folgende Kollegen gewählt: Karl Klinau, Gustav Pit-

hardt und Adolf Schwaigerer-Barmen, August Kronenberg-Renscheid. Als Ersatzmann gilt Kollege Theilen-Schwelm.

Bezirk Dessau. Die erste diesjährige Bezirksver-sammlung findet am 9. April, vormittags 11 Uhr in Bitterfeld im Establissemment „Hohenzollern“ statt.

Bezirk Hanau. Das Resultat der Delegiertenwahl zu dem Ostem in Heidelberg abzuhaltenden Gantage ist folgendes: Ausgegeben 109 Stimmentel, eingegangen 108, hiervon gültig 106. Es erhielten Stimmen die Kollegen Wilh. Moritz-Hanau 89, Ferd. Scheidter-Alschaffens-burg 86, Artur Rautenberg-Hanau 64, Herm. Salomon-Hanau 63, Chr. Weißbrod-Hanau 11; zerpfittert 5, un-gültig 2 Stimmenten. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der gewählten Kollegen.

Bezirk Magdeburg. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Paul Dutke, Tracau 5, Magdeburg, Magdeburger-straße 9.

Braunschweig. Montag den 10. April, abends 8 1/2 Uhr: Ortsversammlung im „Gewerkschaftshause“.

Unterwalde. Der Vorstand für das laufende Jahr setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Adolf Gerber, Frankenstraße 20, Vorsizender; Otto Fienitz Dahmer-straße 22, Kassierer; Karl Donath, Schriftführer.

Magdeburg. Das Amt des Vorsitzenden hat Kollege Fritz Held, M.-Neustadt, Umfassungsstr. 5, übernommen.

München. Als Gantagsdelegierte wurden gewählt: Heinrich Friederichs, Viktor Ernst, August Döhling, Vinzenz Schlegel, Herm. Wagner, Theodor Schöffler, Julius Hanke, Franz Reichherzer, Friedrich Strauß, Andreas Zimmermann, Artur Köhler, Paul Schün-gel jun., Frz. E. Müller, Karl Siegl, Peter Wengen-mayr, Martin Eberle, Hermann Dreißholz, Josef Enzberger, Albert Albinus.

Nürnberg. Als Delegierte zum diesjährigen Gantage in Würzburg wurden die Kollegen Reichardt, Stumpner, Fiedler, Sinfen, Gutterer und Ger-mer gewählt. Stellvertreter sind die Kollegen Reinert und Wilhelm Kolb.

Zöndern. Der Vorstand des Ortsvereins besteht für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen: Otto Küf-fer, Vorsizender; Paul Reinhardt, Schriftführer; Julius Bohens, Kassierer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Nachen der Seher Wilhelm Heyden, geb. in Nachen 1862, ausgel. das. 1880; war noch nicht Mit-glied. — In Düren 1. der Schweizergen Michael Stoppen, geb. in Düren 1880, ausgel. das. 1897; 2. der Seher Heinrich Ratk, geb. in Düren 1884, ausgel. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — In Stolberg der Schweizergen Josef Jongen, geb. in Münsterbusch b. Bilsbach 1884, ausgel. in Stolberg 1901; war noch nicht Mitglied. — Andr. Wilms in Nachen, Wabertstraße 55.

In Dülmen die Seher 1. Emil Kerber, geb. in Mannheim 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mit-glied; 2. August Sandtühler, geb. in Dülmen 1886, ausgel. in Mäus 1904; war noch nicht Mitglied. — In Münster der Seher Heinrich Brint, geb. in Münster 1888, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — E. Kosmeier in Münster i. W., Maximilianstraße 13.

In Elberfeld die Drucker 1. Wilhelm Berghoff, geb. in Elberfeld 1880, ausgel. das. 1899; 2. Ernst Pracht, geb. in Elberfeld 1873, ausgel. das. 1893; waren noch nicht Mitglieder; 3. Gustav Herfen, geb. in Elberfeld 1870, ausgel. das. 1888; war schon Mitglied. — In Heiligenhaus der Seher Paul Kraus, geb. in Hebert 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — In Solingen der Seher Otto Grünke, geb. in Geest-münde 1883, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — In Bohwinkel der Schweizergen Fr. Neumann, geb. in Crailsheim (Württemberg) 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Wald der Drucker Rud. Tüchmantel, geb. in Elberfeld 1878, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — Bruno Drechsler in Elberfeld, Wilhelmstraße 22, II.

In Sulda der Seher Julius Lucas, geb. in Sulda 1880, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — Aug. Holland in Gießen, Schulstraße 11, II.

In Heppenheim a. d. B. der Seher Ferd. Filler, geb. in Krumbach (Bayern) 1887, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — P. Hildebrandt in Darmstadt, Arbeitlerstraße 58.

In Föxter der Seher Hugo Schridde, geb. in Wolfenbüttel 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Nietberg der Seher Richard Drehm,

geb. in Celle 1881, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Detmold der Schweizerdegen Fritz Forster, geb. in Schwabenberg 1881, ausgl. in Paderborn 1904; war noch nicht Mitglied. — In Bielefeld der Seher Friedr. Buht, geb. in Fulda 1871, ausgl. daf. 1891; war schon Mitglied. — Otto Wirov in Bielefeld, Hermannstraße 61.

In Kaiserslautern der Seher Michael Müller, geb. in Kaiserslautern 1864, ausgl. daf. 1882; war noch nicht Mitglied. — Gustav Hofmann, Hummelstr. 11.

In Köthen die Seher 1. Otto Fender, geb. in Selbva 6. Mansfeld 1833, ausgl. in Stolberg a. Harz 1902; 2. Fritz Lerch, geb. in Nauen 1884, ausgl. in Potsdam 1903; waren schon Mitglieder. — Albert Müller in Dessau, Daheimstraße 7.

In München der Maschinenseher Felix Johnson, geb. in Höhenmüssen 1877, ausgl. daf. 1895; war noch nicht Mitglied. — In Regensburg der Seher Josef Nibel, geb. in Neustadt a. L. 1876, ausgl. in Regensburg 1895; war schon Mitglied. — Josef Seitz in München, Kienstraße 22, I.

In Neuruppin die Seher 1. Adolf Winkel, geb. in Nyrby 1884, ausgl. daf. 1903; 2. Karl Bohnstedt, geb. in Helmstedt 1886, ausgl. in Wittenberge 1905; 3. Otto Feldtner, geb. in Perleberg 1886, ausgl. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Lange, Ferdinandstraße 26.

In Firmasens die Seher 1. Fr. Wildt, geb. in Sobernheim 1866, ausgl. in Sulzbach 1884; war noch nicht Mitglied; 2. Anton Brandt, geb. in Frankfurt a. M. 1881, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied. — Robert Böhm, Ringstraße 102.

Tarifant der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 289.
Briefadresse: J. G. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Bierzehnter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1904.
(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.
Hamburg: Gebr. Otto & Adolf Riefing.
Hann.-Münden: Schneider, Rudolf M.
Schleswig: Schleswiger Anzeiger (M. Spanuth).
Wehta i. D.: Faulvel, C. G. (H. Koch).

II. Kreis.
Bonn: Eisele, Emil.
Brilon: Friedländer, W.
Dortmund: Müller & Meyer.
Dülken: Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. G.
Effen (Ruh): Panzer, Albert.
Kaisersesch: Seifermann, Peter.
Köln: Lehmann, Th.
Wesel: Heimig, G. G.

III. Kreis.
Friedberg (Hessen): Druckerei und Verlag (D. Fischer).
Limburg a. d. L.: Kongregation der Pallottiner.

IV. Kreis.
Bad Dürkheim: Sindel, Julius.
V. Kreis.
Erding (Obb.): Schwankl, Emanuel.

Ergoldsbach: Hüber, Ludwig.
Freising: Warmuth, Anton.

Schwandorf: Meißner, Gg.
Waldförchen (Nob.): Bauer, C.
Zwiesel: Dösch, Josef.

VII. Kreis.
Plauen i. V.: Blechschmidt, Wilhelm.
Radeberg: Hordler, Hermann.

VIII. Kreis.
Freienwalde a. D.: Geisler, Adolf.
Steglich: Stegliger Buch- und Kunstbruderer, G. m. b. G.

IX. Kreis.
Dt.-Krone: Garms, P.; Schulz, C.
Königsberg i. Pr.: Grün, Rudolf.
Zabrze: Czech, Max.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden geführten die Firmen:
A. Peitz & Sohn in Fülha (VII. Kreis); Brandt in Flotow (IX. Kreis).

Schiedsgericht Leipzig (Gehilfenwahl): W. Richter, R. Lehmann, E. Lauenberger, R. Römer, A. Henze, G. Marcuse, K. Ludwig, D. Meyer, Mitglieder bzw. Stellvertreter.

Arbeitsnachweise betreffend: Berlin, Besselstr. 20 (Verwalter Rob. Littmann); Dortmund (Verwalter C. Girweß, Grafenbühlstr. 7); Kiel (Verw. A. Pefschel, Lehmgang 14, I).

Berlin, 1. April 1905.
Georg W. Büxenstein, L. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Für unsere 32seitigen König & Bauerschen Rotationsmaschinen suchen wir zum baldigen Antritte einen

Jüngern, erfahrenen Maschinenmeister.

Bewerber müssen mehrjährige, erfolgreiche Tätigkeit an 32seitigen oder 16seitigen König & Bauerschen Rotationsmaschinen nachweisen können.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. [885]

Leipziger Neueste Nachrichten, Leipzig, Peterssteinweg 19.

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonnabend den 8. April, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokale bei Herrn A. Böning, Brojeunmarkt 50:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Quartalsabrechnung; 3. Technisches, u. a. Vortrag des Kollegen M. Weyer über Doppeltonfarben; 4. Morgenjour; 5. Verschiedenes. Um zahlreiches und recht pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. [882]

Ein Herr

gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von Zigarren an Witte, Händler usw. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg. [880]

Feiner Akzidenzseker

in die Hausdruckerei einer Schriftgießerei gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich unter Angabe der Lohnansprüche und Einbindung von Probearbeiten melden unter A. B. 881 bei der Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige Schriftgießer

für Komplettmaschine in dauernde Stellung gesucht. [877]
Z. Dohn Söhne, Schriftgießerei, Hamburg.

Gobler

für Messinglinien finden dauernde und lohnende Beschäftigung in [873]
Wilhelm Woellmers Schriftgießerei Berlin SW 48.

Galvanoplastiker

mit dem Formen und Nichten vertraut, verlangt. [880]
Hartlieb, Berlin, Dresdenerstraße 41.

Maschinenmeister

28 Jahre alt, in Wert, Tabellen-, Akzidenz- u. Plattendruck bewandert, mit der Bedienung von Decker Gas- und Benzinmotor sowie fast allen Maschinenarten vertraut, sucht Stellung. Leipzig oder Umgebung bevorzugt. Beste Ref. an G. Eberhardt, Halle a. S., Große Märkerstraße 17, I. erbeten. [883]

Fest- und Vereins-Abzeichen

in fünf Farben.
17 verschiedene Formen v. 10 Pf. bis 1,15 Mk.
Sehr beliebt sind:
Nr. 18 & 20 Pf., Nr. 10 (mit Wappennadel) à 60 Pf. [874]

Graphische Verlags-Anstalt

P. Goldschmidt, Halle a. S.
Graph. Anzeiger gratis und franko.

Verleger: E. Döblin in Berlin. — Verantwortl. Redakteur: L. Meyhäuser in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstr. 8. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.
Palmsonntag den 16. April im grossen Saale des „Trianon“:
KONZERT.
Mitwirkung: Konzertsängerin Fräulein Liddy Locke (Alt) * Fräulein Gertrud Matthaes (Violine).
Einlass 1/7 Uhr. * Anfang 1/8 Uhr. [876]
Eintrittskarten à 30 Pf. (an der Abendkasse 40 Pf.) sind zu entnehmen beim Verwalter Herrn Steinbrück, Mathildenstrasse 7, im Zigarrengeschäft des Kollegen Schalle, Gerokstrasse 11, im Vereinslokale, Restaurant „Kaulbachhof“, Kaulbachstrasse, sowie bei sämtlichen aktiven Mitgliedern.

Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten

für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung für die Gehilfenprüfungen. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdruckervereins. Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker. Jeder Band gebunden 250 Mk. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Technikums für Buchdrucker in Leipzig, Senefelderstrasse 13/17. [820]

Leipziger Korrektorenverein.

Versammlung am 10. April, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Johannistal“, Z.-D. 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Stellungnahme zu verschiedenen Organisationsfragen; 4. Besprechung Leipziger Korrektorenverbände; 5. Verschiedenes. — Gäste sind willkommen! Der Vorstand.
Arbeitsnachweis: Verwalter E. Roland, Braunsstraße 7, III. [887]

Unterstützungskasse für Buchdrucker der Pfalz.

Die Generalversammlung findet Sonntag den 21. Mai in Neustadt a. d. Sdt. statt. Infolge Aufbrauchung der Statuten wird auf die Tagesordnung u. a. „Statutenberatung“ gesetzt. Beiträge wolle man bis 29 April an den Vorsitzenden A. Meßmer in Neustadt a. d. Sdt. einreichen. [891]

Plauen. Freitag den 7. April, präzise 9 Uhr: Außerordentliche Versammlung im Restaurant „Birgergarten“, Amtenstraße. Z.-D.: Angelegenheiten Wirtshaus und Strobel. Der Vorstand. [888]

Bezirksverein Zeitz.

Sonntag den 9. April, vorm. 1/11 Uhr: Bezirksversammlung im Restaurant „Goldener Fisch“ in Sangerhausen und sind alle Kollegen, auch Nichtmitglieder, hierzu ergebenst eingeladen. [892] Der Vorstand.

Zwickau. Sonnabend den 8. April, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokale: Monatsversammlung.

Auf der Tagesordnung steht u. a. Berichtserstattung vom Gantage. Um vollständiges Erscheinen bittet D. V. Bezugspreis des Corr. bei allen Postämtern jährlich 0,65 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis bei den Postanstalten zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk. bei wöchentlich einmaliger Zustellung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Oesterreich 1,00 Mk. dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaber: Clara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Nachfragen und Mitteilungen. Praktische Winke für Buchdruckereibesitzer und deren technische Bediente. Bon C. Zint. 1,50 Mk.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Gebrüder Guth in Dresden-Alt., Fabrik photographischer Apparate, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.